

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2007)
Heft: 1

Rubrik: Kurz gemeldet

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

■ STROMMARKT

Herkunftsnachweis für Strom

Im Dezember 2006 ist die Verordnung über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft von Elektrizität in Kraft getreten. Damit erhält die Schweiz rechtlich klar definierte, diskriminierungsfreie und EU-kompatible Rahmenbedingungen für die Ausstellung von Herkunftsnachweisen für Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Mit solchen Nachweisen wird der internationale Stromhandel aus erneuerbarer Energie erleichtert. Zudem dienen sie der Elektrizitätswirtschaft als Nachweis für die Stromkennzeichnung: Seit 2006 sind die Energieversorgungsunternehmen gesetzlich dazu verpflichtet, die Endkunden über die Zusammensetzung ihres Energie-Mixes zu informieren.

Weitere Informationen:

Romina Salerno, Sektion Energiepolitik BFE, romina.salerno@bfe.admin.ch

Rahmenbedingungen zum Stromwettbewerb

Im Zuge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes stellt sich die Frage, wie der zunehmende Wettbewerb in den Stromnetzen geregelt werden soll. Eine vom Bundesamt für Energie für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen eingesetzte Arbeitsgruppe hat im November ihren Schlussbericht präsentiert. Das Gremium spricht sich gegen eine freie Wahl der physischen Netz- und Zusatzanschlüsse – den sogenannten Parallel-Leitungen – aus. Hingegen begrüsst die Arbeitsgruppe den Wettbewerb im Sinne einer freien Wahl des Stromanbieters. Sie empfiehlt zudem, gesetzeskonforme Netznutzungskosten und –entgelte durch den Preisüberwacher und die im Stromversorgungsgesetz vorgesehene Elektrizitätskommission (ElCom) durchsetzen und kontrollieren zu lassen.

Weitere Informationen:

Dr. Rainer Bacher, Leiter Sektion Netze BFE, rainer.bacher@bfe.admin.ch

■ ERNEUERBARE ENERGIEN

SATW: Nachhaltige Energieversorgung ist machbar

Eine nachhaltige Energieversorgung ist in der Schweiz möglich. Zu diesem Resultat kommt die Studie «Road Map Erneuerbare Energien Schweiz» der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW). Die Studie zeigt, wie sich das Angebot an erneuerbaren Energien in den kommenden Jahrzehnten entwickeln könnte. Die Autoren gehen davon aus, dass das technisch nutzbare Potenzial erneuerbarer Energien wie Fotovoltaik, Erdwärme, Biomasse oder Windenergien weitgehend erschlossen wird. Auf diese Weise liesse sich das Angebot an erneuerbarer Energie bis im Jahr 2050 verdoppeln. Entscheidend für das Wachstum der Erneuerbaren sei die gleichzeitige Umsetzung von Energiespartechnologien. Als wichtigste Massnahme zur Erhöhung der Energieeffizienz nennt die SATW den Minergie-Standard bei Gebäuden – dass dieser heute auf Bundesebene noch nicht verbindlich ist, sei unverständlich, schreiben die Autoren. Die SATW versteht die Studie als Beitrag zur politischen Energiediskussion.

Weitere Informationen:

www.satw.ch/aktuell/roadmap

■ ENERGIEPOLITIK

CVP: Energiepolitische Wahlversprechen

Die Delegierten der CVP Schweiz haben im Januar einen Wahlvertrag 2007 verabschiedet. Im Bereich der Energiepolitik verspricht die CVP ihren Wählern, sich dafür einzusetzen, die Abhängigkeit der Schweiz von fossilen Energieträgern zu senken, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, dass die CO₂-Abgabe eingeführt wird und die Kyoto-Ziele auch nach 2012 fortgeführt werden. Zudem will die Partei der Energieeffizienz oberste Priorität beimessen und im Gebäudebereich den Minergie-Standard auf Bundesebene verbindlich festlegen. Im Mobilitätsbereich steht die CVP für die Erhöhung der Importzölle für «Benzinfresser» und Fahrzeuge ohne Russpartikelfilter ein. Die Stromlücke will sie mit Massnahmen zum Energiesparen, mit der Förderung erneuerbarer Energien und mit dem Ausbau der Wasserkraft fördern. Die Kernenergie, verspricht die CVP den Wählern, soll eine offene Option bleiben.

Weitere Informationen:

www.cvp.ch

■ KERNENERGIE

Nukleare Sicherheit gewährleistet

Die Schweizer Kernanlagen waren im Jahr 2006 in gutem und sicherem Zustand, wie die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) im Januar mitteilte. Die HSK klassierte in den fünf Kernkraftwerken neun Vorkommnisse, fünf weniger als im Vorjahr. Im Paul Scherrer Institut war kein Ereignis aufgetreten (Vorjahr: 2). Von den neun Ereignissen entfielen je zwei auf die KKW Benznau I, Mühleberg und Leibstadt sowie drei auf das KKW Gösgen. Alle Vorkommnisse wurden auf der internationalen Bewertungsskala INES (Stufen 0 bis 7) der Stufe 0 zugeordnet. Erstmals seit Betriebsaufnahme des ersten KKW in der Schweiz (Benznau I) im Jahr 1969, musste in keinem der fünf Kernkraftwerke eine Reaktorschneidabschaltung vorgenommen werden. Wie die HSK festhält, sind aufgrund des schweren Vorkommnisses im schwedischen Kraftwerk Forsmark im Juni 2006 sämtliche fünf Schweizer Kernkraftwerke umfangreichen Überprüfungen unterzogen worden.

Weitere Informationen:

www.hsk.ch

■ INTERNATIONAL

Regierungen Südostasiens schliessen Energiepakt

Die zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten haben gemeinsam mit China, Japan, Neuseeland, Indien, Südkorea und Australien eine Erklärung zur Energiesicherheit verabschiedet. Die sogenannte Cebu Declaration on East Asian Energy Security soll die Basis für eine sichere, adäquate und kostengünstige Bereitstellung von Energie in der Region bilden. Der Energiepakt zielt insbesondere auf eine grössere Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen, ihr Anteil soll sukzessive abnehmen. Der Beschluss sieht dazu vor allem die Förderung erneuerbarer Energien sowie den Bau von Wasser- und Atomkraftwerken vor. Weiter soll die Energieeffizienz gesteigert, der CO₂-Ausstoss reduziert und kohlenstoffarme Technologien erforscht und entwickelt werden.

Weitere Informationen:

www.12thaseansummit.org.ph/innertemplate3.asp?category=docs&docid=31